



**Niederschrift**  
**über die**  
**15. Sitzung des Kreistages**  
**des Landkreises Erlangen-Höchstadt**

**Sitzungstermin:** Montag, den 01.02.2016  
**Sitzungsbeginn:** 09:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 11:20 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

**Anwesend sind:**

Landrat Alexander Tritthart

**CSU-Fraktion**

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder  
 Kreisrat Matthias DÜthorn  
 Kreisrat Armin Goß  
 Kreisrat Karl-Heinz Hertlein  
 Kreisrätin Gabriele Klaußner  
 Kreisrat Waldemar Kleetz  
 Kreisrat Hans Lang  
 Kreisrat Helmut Lottes  
 Kreisrat Ulrich Meierhöfer

ab 09:07 Uhr, zur Abstimmung des  
 Geschäftsordnungsantrages zur Tagesordnung

Kreisrat Stefan Müller  
 Kreisrat Reinhard Nagengast  
 Kreisrat Walter Nussel  
 Kreisrat Franz Rabl  
 Kreisrat Johannes Schalwig  
 Kreisrätin Friederike Schönbrunn  
 Kreisrat Alexander Schulz  
 Kreisrat Bernhard Schwab  
 Kreisrat Michael Schwägerl  
 Kreisrätin Doris Wüstner

**SPD-Fraktion**

Kreisrat Konrad Eitel  
 Kreisrat Dr. German Hacker  
 Kreisrat Andreas Hänjes  
 Kreisrat Christian Pech  
 Kreisrätin Rosemarie Schmitt  
 Kreisrätin Melitta Schön  
 Kreisrätin Renate Schroff  
 Kreisrat Günter Schulz  
 Kreisrätin Martina Stamm-Fibich  
 Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger  
 Kreisrätin Mechthild Weishaar-Glab

bis 10:36 Uhr, während TOP I/4

bis 10:12 Uhr, während TOP I/4

**FW-Fraktion**

Kreisrat Gerald Brehm  
 Kreisrat Karsten Fischkal  
 Kreisrat Wilfried Glässer  
 Kreisrätin Irene Häusler  
 Kreisrat Patrick Prell  
 Kreisrat Axel Rogner  
 Kreisrat Bernhard Seeberger  
 Kreisrat Ludwig Wahl  
 Kreisrat Dr. Manfred Welker  
 Kreisrat Manfred Wiehgärtner

ab 09:11Uhr, nach Abstimmung des  
 Geschäftsordnungsantrages zur Tagesordnung

**Bündnis 90/Die Grünen**

Kreisrätin Dr. Darina Bachmayer  
 Kreisrat Manfred Bachmayer  
 Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam  
 Kreisrätin Irmgard Conrad  
 Kreisrat Wolfgang Hirschmann  
 Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet  
 Kreisrätin Helga Kondert  
 Kreisrätin Astrid Marschall  
 Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

bis 10:55 Uhr, während TOP II/1

**FDP-Fraktion**

Kreisrätin Britta Dassler  
 Kreisrat Michael Dassler  
 Kreisrätin Elke Weis

nicht anwesend während Abstimmung zu TOP II/1

**Gäste/Sachverständige**

Dipl.-Ing. Schmidt

Ingenieurgesellschaft Meyer & Schmidt, Lauf  
 bis 09:15 Uhr, nach TOP I/1

**Verwaltung**

Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer  
 Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt  
 Regierungsdirektor Wolfgang Fischer  
 Oberregierungsrätin Anne-Marie Müller  
 Kreisbaumeister Thomas Lux  
 Oberregierungsrat Manuel Hartel  
 Kaufmännischer Leiter Albert Prickarz  
 Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl  
 Verwaltungsamtsrätin Andrea Wittmann  
 Verwaltungsamtmann Norbert Heinrich  
 Beschäftigter Friedrich Schlegel  
 Gleichstellungsbeauftragte Claudia Wolter  
 Regierungsamtmann Thomas Wächtler  
 Regierungsamtsrätin Angela Daut-Schem

bis 10:51 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

ab 10:45 Uhr, während TOP I/5.2

bis 10:51 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Beschäftigte Heike Kraher  
 Beschäftigte Martina Schunk  
 Regierungsoberinspektor Matthias Görz  
 Verwaltungsamtsrätin Claudia Jarosch  
 Beschäftigte Dorothea Ackermann  
 Verwaltungsrat Norbert Ratzke

ab 09:15 Uhr, nach TOP I/1

bis 11:17 Uhr, nach TOP II/1

bis 10:51 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Beschäftigte Doris Reinsberger  
 Verwaltungsamtsrat Norbert Walter  
 Beschäftigter Stefan Hofmann  
 Verwaltungsamtsrat Armin Deller

bis 10:51 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

**Schriftführerin**

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

**Nicht anwesend:**

Kreisrat Andreas Galster  
 Kreisrätin Heidemarie Löb  
 Kreisrätin Dr. Ute Salzner  
 Kreisrat Konrad Gubo  
 Kreisrätin Alexandra Hiersemann  
 Kreisrat Dr. Martin Oberle  
 Kreisrat Herbert Saft  
 Kreisrat Joachim Wersal

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

**I. Öffentliche Sitzung:**

1. Erweiterung des Recyclinghofes Eckental; Beschlussfassung über die vorliegende Planung und das weitere Verfahren.
2. Resolution zum Wertstoffgesetz.
3. Abwicklung des Haushaltsjahres 2015.
4. Kreishaushalt 2016.
5. Anfragen des Kreisrats Bachmayer;
  - 5.1. Neubau Landratsamt.
  - 5.2. Klimaschutz.
6. Antrag von Kreisrat Bachmayer vom 15.01.2016 ; Sachstandsbericht "Öffentliche Leerstände".

**II. Nichtöffentliche Sitzung:**

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 21.01.2016; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung teilt Landrat Tritthart mit, die unter Tagesordnungspunkt 5 genannten Anfragen und der unter Tagesordnungspunkt 6 genannte Antrag werden entsprechend einer nachträglich vorgelegten Erläuterung von Kreisrat Manfred Bachmayer in der Bezeichnung konkretisiert. Diese ist jeweils aus der zu dem einzelnen Tagesordnungspunkt verteilten Tischvorlage ersichtlich.

Kreisrat Brehm kündigt im Weiteren einen Antrag zur Geschäftsordnung, die nichtöffentliche Sitzung betreffend, an. Aus diesem Grund stellt Landrat Tritthart die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Kreisrat Brehm beantragt im Folgenden, den zur Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkt II/1 „Standortplanung Jobcenter“ in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Kreisrat Brehm vertritt die Ansicht, mit der Standortplanung werde der Service in der Dienststelle des Jobcenters in Höchststadt a. d. Aisch eingeschränkt. Hierüber bestehe ein Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit.

Landrat Tritthart erklärt, die Standortplanung des Jobcenters sei eine Angelegenheit, über die die Trägerversammlung des Jobcenters abschließend entscheidet. Die Trägerversammlungen sind nichtöffentlich. Die vorbereitende öffentliche Beratung im Kreistag hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens der in die Trägerversammlung entsandten Mitglieder scheidet daher seiner Ansicht nach aus.

In der nachfolgenden Abstimmung über den Antrag von Kreisrat Brehm lehnen die Mitglieder des Kreistages den Antrag mehrheitlich mit 17:35 Stimmen ab.

Für den weiteren Sitzungsverlauf stellt Landrat Tritthart um 09:13 Uhr die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

## **I. Öffentliche Sitzung:**

### **1. Erweiterung des Recyclinghofes Eckental; Beschlussfassung über die vorliegende Planung und das weitere Verfahren**

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsunterlage mit den Lageplänen zur geplanten Erweiterung des Recyclinghofes in Eckental zur Verfügung. Diese ist der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Mit der vorliegenden Planung der Erweiterung des Recyclinghofes Eckental besteht Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der vorliegenden Planung den Antrag für das Wasserrechtsverfahren und die Baugenehmigung zu stellen. Parallel zu diesen beiden Verfahren soll die Ausschreibung vorbereitet werden.

**Abstimmung:** mehrheitlich beschlossen

**Ja: 52 Nein: 1 Anwesend: 53**

### **2. Resolution zum Wertstoffgesetz**

Den Mitgliedern des Kreistages stehen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage und der Entwurf einer Resolution zum Wertstoffgesetz zur Verfügung. Die Resolution ist der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt.

Landrat Tritthart erläutert hierzu zusammengefasst, der vorliegende Arbeitsentwurf zum Wertstoffgesetz schränke die Rolle der Kommunen noch stärker ein, statt die öffentl.-rechtlichen Entsorger zu stärken.

Aus diesem Grund habe auch er als Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayer. Landkreistag beschlossen, den betroffenen Kommunen einen Resolutionsentwurf zukommen zu lassen, damit diese die Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auf diesem Wege nachdrücklich unterstützen können. Zumindest die Verantwortung für die Sammlung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen müsse bei den Kommunen verbleiben. Darüber hinaus müsse sichergestellt werden, dass die erfassten Stoffe auch tatsächlich einem hochwertigem Recycling zugeführt werden. Den Kommunen sollte auch in Zukunft die Ausgestaltung ihres konkreten Abfallwirtschaftssystems obliegen.

Nach kurzer Diskussion fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Landkreis Erlangen-Höchstadt beschließt die als Anlage beigefügte Resolution zum Wertstoffgesetz.

**Abstimmung:** einstimmig beschlossen

**Ja: 53 Nein: 0 Anwesend: 53**

### 3. **Abwicklung des Haushaltsjahres 2015**

Den Mitgliedern des Kreistages liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie die Auflistung der Haushaltseinnahme- und –ausgabereise vor.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2015 werden Haushaltsreste entsprechend der dieser Sitzungsniederschrift beiliegenden Liste gebildet.

**Abstimmung:** einstimmig beschlossen

**Ja: 53 Nein: 0 Anwesend: 53**

### 4. **Kreishaushalt 2016**

Den Mitgliedern des Kreistages wurde zum Haushaltsentwurf 2016 ein Beschlussvorschlag auf der Grundlage des Empfehlungsbeschlusses des Kreisausschusses vom 22.01.2016 zur Verfügung gestellt.

In seiner Rede zum Haushaltsentwurf 2016 geht Landrat Tritthart auf die Eckdaten und finanziellen Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs mit einem Gesamtbudget in Höhe von 174 Mio. € ein und erläutert insbesondere die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Schulen, Soziales, Gesundheitswesen, Abfallwirtschaft und Verkehr. Die von ihm vorgeschlagene Weitergabe der Senkung des Hebesatzes der Bezirkumlage durch eine gleichlautende Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage in Höhe von 1,3 Punkten an die Gemeinden stelle ein wichtiges Zeichen für die gute Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Landkreis und Gemeinden dar. Allerdings bittet Landrat Tritthart im Gegenzug auch darum, sich einer Anhebung des Hebesatzes der Kreisumlage nicht zu verschließen, wenn geänderte finanzielle Rahmenbedingungen dies erfordern. Landrat Tritthart betont im Weiteren in seiner Rede die vielfältigen Aufgaben des Landkreises, die zusätzlich zum Thema „Flüchtlinge“ bewältigt werden. Der Haushaltsentwurf sei dafür ein nachhaltiges Zeichen auch für das kommende Jahr 2016. Zum Abschluss dankt Landrat Tritthart der Kämmerei, insbesondere Kreiskämmerer Schmidt, für die intensive Beratung und Erarbeitung des Haushaltsentwurfs sowie den Damen und Herren Kreisräten für die

gute und konstruktive Vorberatung in den jeweiligen Fachausschüssen. Der vollständige Text der Rede ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

In der anschließenden Beratung äußern sich die Fraktionsvorsitzenden der CSU- und SPD-Kreistagsfraktion sowie der FW-Kreistagsfraktion zustimmend zum vorliegenden Haushaltsentwurf. Zum Ausdruck kommt weitgehende Einigkeit in Bezug auf wesentliche, im Haushalt dargestellte Handlungsfelder. Besonders hervorgehoben werden die Gestaltung der Bildungslandschaft und die gute schulische Infrastruktur im Landkreis als wichtiger Standortfaktor. Dies gelte auch für die kontinuierliche Verbesserung des ÖPNV und für die Investitionen im Straßen- und Radwegebau. Mit dem Kreiskrankenhaus „St. Anna“ in Höchststadt a. d. Aisch werde die medizinische Grundversorgung im Gebiet des westlichen Landkreises sichergestellt. Auch unter Berücksichtigung der notwendigen Verlustdeckung durch den Landkreis als Träger des Kreiskrankenhauses wird dieses als wichtiger Beitrag zur Gesundheitsversorgung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger anerkannt und befürwortet. Die Weitergabe der Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage durch eine gleichlautende Senkung der Kreisumlage in Höhe von 1,3 Punkten der Umlagegrundlagen wird differenziert betrachtet. Während sich Kreisrat Hänjes für die SPD-Kreistagsfraktion uneingeschränkt zustimmend äußert, betont Kreisrat Brehm von der FW-Kreistagsfraktion dies sei das Minimum, könne aber angesichts der laufenden und anstehenden großen Investitionen u.a. den Neubau des Landratsamtes akzeptiert werden. Vom Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kreisrat Hirschmann, wird diesbezüglich die Meinung vertreten, aufgrund der notwendigen Investitionen und zur Stärkung der Rücklagen, gebe es auch gute Gründe, die Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage beim Landkreis, wenigstens zum Teil, zu belassen. Andererseits könnten die Städte, Märkte und Gemeinden mit den hierdurch zur Verfügung gestellten Finanzmitteln den dringend notwendigen sozialen Wohnungsbau stärken. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde daher dem vorliegenden Haushaltsentwurf grundsätzlich doch eher zustimmen. Weiterhin wird auf das angestrebte Ziel einer wesentlichen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Bayern hingewiesen. Dies stelle die Kommunen vor eine große und immense Aufgabe. Soweit für die Bearbeitung der Asylthematik ein weiterer Mittelbedarf notwendig werden sollte, werde dies von Seiten der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Nussel, betont, der Landkreis habe die Notsituation im Hinblick auf die Asylsuchenden in Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Landkreis gut gemeistert. Im Hinblick auf den Haushaltsentwurf weise er auf die umfassende und in Deutschland nahezu einmalige vollständige Kostenübernahme für die Unterbringung der Asylsuchenden durch den Freistaat Bayern hin. Für die FDP-Kreistagsfraktion spricht sich die Fraktionsvorsitzende, Kreisrätin Weis, gegen den vorliegenden Haushaltsentwurf aus. Begründet wird dies insbesondere damit, dass mittel- und langfristig keine Perspektive aufgezeigt wird, wie die sich bereits bis zum Jahr 2019 abzeichnende Verdoppelung der Verschuldung wieder zurückgeführt wird. Landrat Tritthart weist auf die nachhaltig geplanten und gemeinsam beschlossenen Investitionen hin, für deren Finanzierung in der derzeitigen Niedrigzinsphase gute Rahmenbedingungen gegeben sind. Diese werden vom Landkreis entsprechend genutzt. Mit der vorgeschlagenen Senkung der Kreisumlage werde gleichzeitig aber auch der unterschiedlichen Finanzkraft der Gemeinden Rechnung getragen und ein Zeichen des solidarischen Miteinanders mit finanzschwachen Städten, Märkten und Gemeinden gesetzt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Die vorliegenden Entwürfe des Haushaltsplans des Landkreises Erlangen-Höchststadt für das Haushaltsjahr 2016 und des Wirtschaftsplans des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch für das Wirtschaftsjahr 2016 werden unter Berücksichtigung des Empfehlungsbeschlusses des Kreisausschusses vom 22.01.2016 angenommen.

Der Kreistag beschließt folgende Haushaltssatzung:

## **HAUSHALTSSATZUNG** des Landkreises Erlangen-Höchstadt für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund des Art. 57 ff. Landkreisordnung erlässt der Landkreis Erlangen-Höchstadt folgende

### **H a u s h a l t s s a t z u n g**

#### **§ 1**

- (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt	in den Einnahmen und Ausgaben mit	149.473.000,00 Euro
und		
im Vermögenshaushalt	in den Einnahmen und Ausgaben mit	23.932.000,00 Euro

ab.

- (2) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a.d. Aisch für das Haushaltsjahr 2016 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Erfolgsplan	in den Erträgen mit	10.005.400,00 Euro
	und in den Aufwendungen mit	10.872.900,00 Euro
	(Jahresfehlbetrag 867.500,00 Euro)	

und

im Vermögensplan	in den Einnahmen und Ausgaben (einschließlich Verlustausgleich in Höhe von 867.500,00 Euro) mit jeweils	1.133.200,00 Euro
------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

ab.

#### **§ 2**

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 9.653.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a.d. Aisch werden nicht festgesetzt.

#### **§ 3**

- (1) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 15.915.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchstadt a.d. Aisch werden nicht festgesetzt.

#### **§ 4**

- (1) Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfes, der nach Art. 18 ff. Finanzausgleichsgesetz umzulegen ist, wird für das Haushaltsjahr 2016 auf 76.202.480,32 Euro festgesetzt.
- (2) Die Kreisumlage wird in Vomhundertsätzen aus nachstehenden Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen bemessen:

1. Vom Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung festgestellte Steuerkraftzahlen 2016

der Grundsteuer A	560.251 Euro
der Grundsteuer B	11.920.879 Euro
der Gewerbesteuer	57.075.591 Euro
der Einkommensteuerbeteiligung	76.053.522 Euro
der Umsatzsteuerbeteiligung	4.211.865 Euro
<u>2. 80 v.H. der Gemeindeschlüsselzuweisungen 2014</u>	<u>6.973.119 Euro</u>
Summe der Bemessungsgrundlagen	156.795.227 Euro

(3) Nach Art. 18 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz werden die Hebesätze für die Kreisumlage wie folgt festgesetzt:

1. Aus der Steuerkraftzahl der Grundsteuer A	48,6 v.H.
2. Aus der Steuerkraftzahl der Grundsteuer B	48,6 v.H.
3. Aus der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer	48,6 v.H.
4. Aus der Steuerkraftzahl der Einkommensteuer	48,6 v.H.
5. Aus der Steuerkraftzahl der Umsatzsteuer	48,6 v.H.
6. Aus 80 v.H. der Schlüsselzuweisungen	48,6 v.H.

(4) Die Steuersätze für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A)	320 v.H.
b) für die Grundstücke (B)	320 v.H.
2. Gewerbesteuer	320 v.H.

### § 5

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 5.000.000,00 Euro festgesetzt.
- (2) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a.d. Aisch wird auf 750.000,00 Euro festgesetzt.

### § 6

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2016 in Kraft.

Erlangen,  
Landkreis Erlangen-Höchstadt

Alexander Tritthart  
Landrat

Der Kreistag beschließt gemäß Art. 64 i.V.m. Art. 30 Abs. 1 Nr. 18 Landkreisordnung den Finanzplan für die Jahre 2015 - 2019.

Der Finanzplan des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a.d. Aisch für die Jahre 2015 - 2019 wird angenommen.

**Abstimmung:** mehrheitlich beschlossen

**Ja: 48 Nein: 3 Anwesend: 51**

## **5. Anfragen von Kreisrat Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015**

### **5.1 Anfrage der Kreisräte Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015; Neubau Landratsamt**

Die Mitglieder des Kreistages erhalten zur Anfrage der Kreisräte Manfred Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015 zum Neubau des Landratsamtes einen schriftlichen Sachstandsbericht als Tischvorlage. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreisrat Bachmayer bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und bittet im weiteren Verlauf der Baumaßnahme wieder um einen Zwischenbericht.

### **5.2 Anfrage der Kreisräte Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015 zum Klimaschutz**

Die Mitglieder des Kreistages erhalten zur Anfrage der Kreisräte Manfred Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015 zum Klimaschutz einen schriftlichen Sachstandsbericht als Tischvorlage. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreisrat Bachmayer bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und bittet in absehbarer Zeit um einen erneuten Zwischenbericht, insbesondere auch zu Planungen in den Gemeinden zur Umsetzung und Förderung des Klimaschutzes.

## **6. Antrag von Kreisrat Bachmayer vom 15.01.2016 ; Sachstandsbericht "Öffentliche Leerstände"**

Landrat Tritthart erklärt, der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2016 auf einen Sachstandsbericht „Öffentliche Leerstände“ wurde mit der Bitte um Rückmeldung an die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis weitergeleitet. In den vorliegenden Rückmeldungen teilen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit, dass es keine Leerstände gibt.

Aus dem Gremium wird nochmals darauf verwiesen, dass diese Thematik permanent von den Städten, Märkten und Gemeinden bearbeitet wird und auch im Hinblick auf die vielfachen Appelle von Landrat Tritthart zur Unterbringung von Asylsuchenden sehr ernst genommen werde.

Auf die seiner Ansicht nach dringend notwendige Realisierung von Wohnbauprojekten durch die Gemeinden, ggf. auch mit Containerlösungen wie z. B. in Herzogenaurach und Buckenhof, weist der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kreisrat Hirschmann, hin. Denkbar sei für ihn auch eine Realisierung durch die Gemeinden oder den Landkreis auf von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Flächen, ggf. mit Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**II. Nichtöffentliche Sitzung:**

.....

Erlangen, 02.02.2016

Alexander Tritthart  
Landrat

Birgit Stolla  
Regierungsamtfrau



## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: SG52/029/2016

Sachgebiet:	SG 52 -Tiefbau	Datum:	15.01.2016
Bearbeitung:	Dieter Mußack	AZ:	52/41

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Bauausschuss	27.01.2016	öffentliche Sitzung
Ausschuss für Umweltfragen und Abfallwirtschaft	27.01.2016	öffentliche Sitzung
Kreistag	01.02.2016	öffentliche Sitzung

### Erweiterung des Recyclinghofes Eckental; Beschlussfassung über die vorliegende Planung und das weitere Verfahren

#### Anlagen:

Lageplan Wertstoffhof  
Lageplan Wertstoffhof - Logistikbereich  
Querschnitt Containerbox

#### I. Sachverhalt:

##### Allgemein

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen und Abfallwirtschaft am 23.04.2015 wurde beschlossen, den Recyclinghof Eckental zu erweitern. Mit der Erweiterung soll die Anlage organisatorisch verbessert werden. Durch die Optimierung der Containerstellplätze (davon 8 versenkte Container) sollen die beengten Verhältnisse, vor allem während der Stoßzeiten, entzerrt und die Nutzerfreundlichkeit erhöht werden. Hierzu werden größtenteils der Logistikbereich und der öffentliche Bereich voneinander getrennt. Außerdem wird der Empfangscontainer versetzt und die Einfahrt zweispurig ausgebaut, um Rückstaus auf die Zufahrtsstraße zu vermeiden. Die Ausfahrt erfolgt zukünftig über das zweite nördlich gelegene Tor.

Da zwischenzeitlich der Markt Eckental die benötigten Grundstücke erworben hat, wurde das Ingenieurbüro Meyer und Schmidt aus Lauf mit der Planung beauftragt. Das Büro Meyer und Schmidt hatte bereits die Verlegung des Recyclinghofes im Jahr 2004 geplant.

##### Erweiterung Wertstoffhof

Bei der vorliegenden Planung ist der Logistikbereich komplett von der öffentlichen Fläche getrennt und so können die Container während des normalen Betriebes getauscht werden. Deswegen ist ein eigener Wendebereich für Lkw mit Anhänger vorgesehen. Als Zu- und Abfahrt wird ein drittes Tor nördlich des bestehenden Wertstoffhofes benötigt. Das Entkoppeln der Logistik vom Anlieferbereich ist ein wichtiges Ziel der Erweiterung, so dass diese Planung nach mehreren Abwägungen zur Ausführung kommen soll.

Es erfolgt ein Ausbau in zwei Ebenen. Es werden 8 Containerboxen (Stahlbetonbauweise) errichtet, die einen geländegleichen Einwurf in die Container über eine Brüstung von drei Seiten ermöglichen. Der Tausch und die Leerung der Container erfolgt hier ausschließlich über den tiefer liegenden Logistikbereich.

Die Flächenbefestigung der Erweiterung erfolgt in Asphaltbauweise, die Abstellflächen für die Container werden mit Beton befestigt.

Es ist eine große beidseitig auskragende Überdachung über die neu zu errichtenden tieferliegenden 8 Containerboxen vorgesehen. Die Überdachung dient als Schutz für Bürger und Personal vor Witterungseinflüssen. Außerdem wird das Gewicht der Wertstoffe geringer sein, da kein Niederschlag in die Container eindringen kann. Es entstehen somit keine unnötigen Entsorgungskosten für Niederschlagswasser.

Die Höhendifferenz zum Bestand bzw. den Nachbargrundstücken wird mit Winkelstützelementen ausgeglichen. Das Wertstoffhofgelände wird mit einem Mattengitterzaun umgeben. Die östliche Begrenzung des Wertstoffhofgeländes wird mit einem blickdichten Holzzaun zum Eckenbach hin abgegrenzt. Dieser Holzzaun soll gleichzeitig als Sicht- und Lärmschutz zur bestehenden Bebauung am Eckenbach dienen.

Zur Veranschaulichung sind ein Lageplan und ein Querschnitt der Containerboxen mit Überdachung beigelegt.

#### Maßnahmen am bestehenden Wertstoffhof

Die Pflasterflächen (Abrollbereich der Container) sollen ausgebaut werden und wie im Erweiterungsbereich durch Betonflächen ersetzt werden. Die Asphaltdeckschicht soll abgefräst und erneuert werden. Im Zuge dieser Maßnahme sollen Höhenanpassungen an die Erweiterung vorgenommen werden.

Für die Sondermüllannahmestation ist eine tiefliegende Stahlbetonwanne geplant um den ebenerdigen Zugang zu den Sondermüllcontainern zu ermöglichen. Der Empfangscontainer wird auf die Ostseite des Wertstoffhofes versetzt. Es ist zudem eine kleine Überdachung für Kleincontainer und Gitterboxen im nordöstlichen Bereich des bestehenden Wertstoffhofes vorgesehen.

Es wurde auch hier versucht soweit möglich den Logistikbereich vom Besucherbereich zu trennen. Dazu wurde das Ein- und Ausfahrtkonzept geändert (s. Allgemein).

#### Wertstoffsammlung

Die Anzahl der Wertstofffraktionen soll vorerst nicht erhöht werden. Anpassungen auf Grund von gesetzlichen Änderungen (aktuell z.B. das ElektroG) werden vorgenommen.

#### Zufahrt Logistikbereich

In Absprache mit dem Markt Eckental wurde eine separate Zufahrt, parallel zu dem bestehenden Weg geplant. Die Einfahrt erfolgt über eine kleine Rampe. Es wird eine Toranlage installiert.

#### Kosten

Nach der Kostenermittlung des Büros Meyer und Schmidt liegen die Gesamtbaukosten bei voraussichtlich 980.000,00 EUR.

## **II. Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umweltfragen und Abfallwirtschaft und der Bauausschuss empfehlen dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Mit der vorliegenden Planung der Erweiterung des Recyclinghofes Eckental besteht Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der vorliegenden Planung den Antrag für das Wasserrechtsverfahren und die Baugenehmigung zu stellen. Parallel zu diesen beiden Verfahren soll die Ausschreibung vorbereitet werden.

## Resolution

### Wertstoffgesetz: Ab in die Tonne!

Das Bundesumweltministerium erarbeitet derzeit ein Wertstoffgesetz, das die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verpackungen und sonstigen Kunststoffen regeln soll. Im Juni wurde ein Eckpunktepapier präsentiert. Bereits dieses Papier enthielt kaum Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen. Die Kommunalen Spitzenverbände forderten Nachbesserungen. Doch statt die öffentlich-rechtlichen Entsorger zu stärken, schränkt der Arbeitsentwurf, der nun vorliegt, die Rolle der Kommunen noch stärker ein. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt lehnt den Entwurf daher klar ab. Denn sollte das Wertstoffgesetz in dieser Form in Kraft treten, dann. . .

- *entsteht kein Kilogramm weniger Müll*

Die bayerischen Wertstoffhöfe stehen für sortenreine Erfassung und Verwertung einer Vielzahl verschiedener Abfall-Typen, sogenannter Fraktionen. Bayern hat damit eine der höchsten Verwertungsquoten in Deutschland und Europa erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen diesem System. Der Arbeitsentwurf des Wertstoffgesetzes sieht aber Mindestsammelmengen für Verpackungen vor – mit der Folge, dass zusammengeworfen wird, was früher getrennt wurde. Dem ökologischen Gedanken steht dies entgegen.

- *verlieren die Kommunen Erlöse für Altpapier und Altmittel*

Der Arbeitsentwurf des Wertstoffgesetzes sieht vor, dass Metalle künftig in der Wertstofftonne landen sollen – obwohl diese bereits jetzt sortenrein erfasst werden. Zudem sollen die Unternehmen des Dualen Systems einen Anspruch auf die Herausgabe von Papier, Pappe und Kartonagen durch die Kommunen erhalten. Diese Regelung würde einseitig deren wirtschaftlichen Interessen dienen.

- *bezahlen die Bürgerinnen und Bürger mehr an Gebühren*

Nach dem Arbeitsentwurf steigt der Anteil der Dualen Systeme an den Erlösen für die Verwertung der Wertstoffe. Die Einnahmen der Landkreise sinken dadurch. Das muss zum Teil mit Gebührenerhöhungen ausgeglichen werden. Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger.

- *Wird es für die Kommunen schwieriger, ein für die Bürgerinnen und Bürger gut funktionierendes System zu gewährleisten (Wertstoffhöfe)*

Der Arbeitsentwurf beschränkt die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunen auf die Unternehmen des Dualen Systems noch stärker als das geltende Recht. Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Qualität der Wertstoffsammlung bzw. -verwertung durch Private aus Wettbewerbsgründen eher sinkt. Bei schlechter Leistung sieht der Arbeitsentwurf aber nur ein Rügerecht für die Kommunen vor. Eingreifen dürfen sie demnach nicht – und das, obwohl die Bürgerinnen und Bürger sie als Ansprechpartner sehen.

Im wichtigsten Organ, der Zentralen Stelle, sollen die Kommunalen Spitzenverbände nicht einmal mehr Gaststatus besitzen. Zudem erhöht sich durch die Pläne der Abstimmungsaufwand mit den Systembetreibern noch weiter. Eine Verbesserung ist nur möglich, wenn den Kommunen die Organisationsverantwortung übertragen und der Verwaltungsaufwand auf ein Minimum reduziert wird. Der Arbeitsentwurf bewirkt das Gegenteil.

Der Landkreis Erlangen-Höchstadt lehnt den Arbeitsentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) entschieden ab. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt unterstützt die Forderung des Bayerischen Landkreistages, zumindest die Organisationsverantwortung den öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgern zu übertragen.

Statt den ökologischen Gedanken zu fördern, führt er zu einer Privatisierung weiterer Abfallbereiche; zu einer bundesweiten Einheits-Tonne und zu Verlusten auf kommunaler Seite sowie in den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger. Er bringt ein bestens funktionierendes System – die bayerischen Wertstoffhöfe - in Gefahr.

12 9520

Abwicklung des Haushaltsjahres 2015;  
 Bildung von Haushaltseinnahme- und -ausgaberesten gemäß § 79 Abs. 2 KommHV - Kameralistik

Im Haushaltsjahr 2015 werden folgende Haushaltsreste gebildet:

**a) Haushaltsausgabereste**

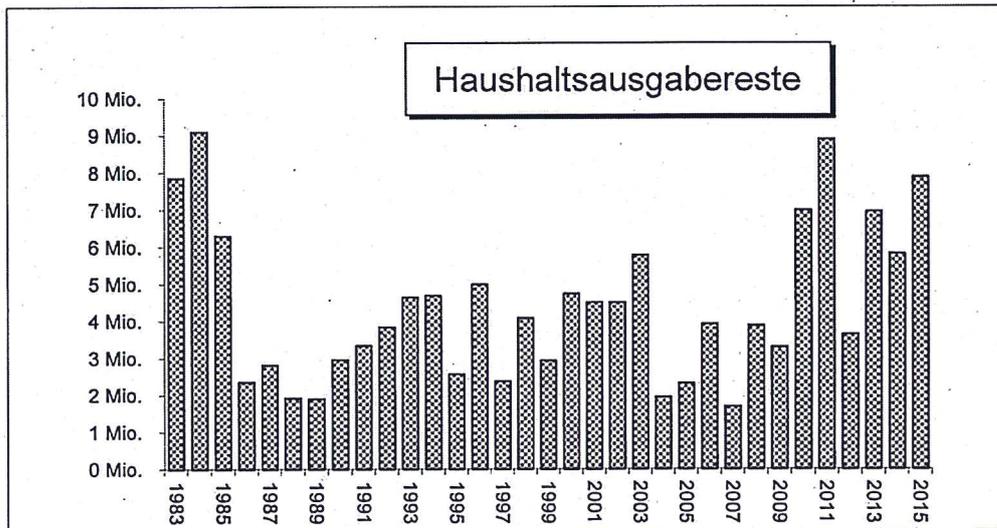
Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag Euro	Erläuterungen
<b>1. Verwaltungshaushalt</b>			
DR .5010	Bauunterhalt	200.000,00	Verwendung Restmittel Bauunterhalt 2015 für Bauunterhalt 2016
0.2---.57--	Lehr- und Unterrichtsmittel der Landkreisschulen	135.831,53	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen, davon Lehr- und Unterrichtsmittel 60.473,63 Euro, lernmittelfreie Bücher 75.357,90 Euro
Summe Verwaltungshaushalt		335.831,53	
<b>2. Vermögenshaushalt - Allgemeiner Bereich</b>			
1.0200.9359	Technische Ausstattung	249.000,00	Beschaffungen EDV-Bereich Landratsamt
1.2---.9356	Beschaffungen Schulen	76.923,81	Übertragung im Rahmen der Schulbudget-Regelungen
Summe allgemeiner Haushalt		325.923,81	
<b>3. Vermögenshaushalt - Bereich Hochbau</b>			
1.0681.9400	Neubau des Landratsamtes	1.500.000,00	Maßnahme im Bau
1.2351.9402	Gymnasium Spardorf	200.000,00	Generalinstandsetzung und Erweiterung; Vertiefte Kostenschätzung und Planung
1.2352.9402	Gymnasium Höchststadt	118.464,88	Ersatzneubau; Restabrechnung der abgeschlossenen Baumaßnahme
1.2411.9400	Berufsschule Herzogenaurach	50.612,13	Umbau Bauhallen und Biomasseheizung; Restabrechnung der Baumaßnahme
1.2451.9400	Berufsfachschule Höchststadt	432.474,95	Umbau Schul- und Lehrküchen zu integrierten Fachräumen (Maßnahme im Bau)
1.5100.9400	Kreiskrankenhaus St. Anna	2.122.392,66	Baumaßnahme Neustrukturierung (Durchführung ab 2016)
Summe Bereich Hochbau		4.423.944,62	
<b>4. Vermögenshaushalt - Bereich Tiefbau</b>			
UA 6508	ERH 8/FO 29 Unterschöllnbach	77.289,42	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6515	ERH 15 OD Oberreichenbach	310.056,75	Maßnahme im Bau
UA 6533	ERH 33 Geh- und Radweg	200.000,00	Restabwicklung BA I und Durchführung der Maßnahme BA II ab 2016 vorgesehen
UA 6568	ERH 18 Dutendorf - Burgweisach	30.000,00	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6575	ERH 25 Ausbau südl. Haundorf	146.633,92	BA I: Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6576	ERH 25 Ausbau südl. Haundorf	280.000,00	Finanzielle Restabwicklung der weitgehend durchgeführten Baumaßnahme
UA 6584	ERH 14 OD Dondörflin	319.123,23	Durchführung der Maßnahme 2016
UA 6585	ERH 5 Kreuzungsumbau, Brücke	30.000,00	Finanzielle Restabwicklung der abgeschlossenen Baumaßnahme
UA 6595	ERH 5 Bahnbrücke Baiersdorf	1.400.000,00	Maßnahme im Bau
Summe Tiefbau		2.793.103,32	

**b) Haushaltseinnahmereste**

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Betrag Euro	Erläuterungen
UA 2451	Berufsfachschule Höchststadt	100.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme
UA 5100	Kreis Krankenhaus St. Anna	1.000.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme
UA 6584	ERH 14 OD Dondörflin	60.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme
UA 6595	ERH 5 Bahnbrücke Baiersdorf	800.000,00	Staatliche Zuweisungen für die Baumaßnahme; Kostenbeteiligung Stadt Baiersdorf
Summe Haushaltseinnahmereste		1.960.000,00	

## Haushaltsausgabereste 1983 - 2015

Jahr	Summe	Jahr	Summe
- in 1.000 Euro -			
1983	7.859	2000	4.743
1984	9.108	2001	4.503
1985	6.306	2002	4.498
1986	2.366	2003	5.775
1987	2.823	2004	1.948
1988	1.928	2005	2.318
1989	1.906	2006	3.915
1990	2.965	2007	1.694
1991	3.343	2008	3.879
1992	3.843	2009	3.304
1993	4.654	2010	6.987
1994	4.686	2011	8.894
1995	2.574	2012	3.639
1996	4.996	2013	6.951
1997	2.382	2014	5.812
1998	4.088	2015	7.879
1999	2.938		



## **Kreishaushalt 2016**

Dank seiner soliden Finanzpolitik und der guten Steuereinnahmekraft der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden kann der Landkreis auch 2016 seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen und kräftig in den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur investieren.

Mit einem Gesamtbudget von 174 Mio. Euro sichert der Landkreis die Lebensqualität der hier lebenden, wohnenden und arbeitenden Menschen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Schulen, Soziale Sicherung, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitswesen und Verwaltung. Ziel ist es, durch konsequentes, zukunftsorientiertes Handeln die Attraktivität unseres Landkreises als Lebensraum und Wirtschaftsstandort weiter zu stärken und auszubauen.

Der Neubau des Landratsamtes, die großen Baumaßnahmen im Schulbereich, die Strukturverbesserung am Kreiskrankenhaus St. Anna und die Umsetzung des Investitionsprogramms für den Bau und Ausbau von Kreisstraßen und Radwegen stellen den Landkreis vor große finanzielle Herausforderungen.

Stimmt der Kreistag meinem Vorschlag, den Hebesatz der Kreisumlage um 1,3 Punkte auf dann 48,6 v.H. der Umlagegrundlagen zu senken zu, werden die Kommunen im Landkreis finanziell um 2,0 Mio. Euro entlastet. Diese Entlastung stärkt die Finanzkraft unserer Gemeinden und stellt ein wichtiges Zeichen für die gute Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Landkreis und Gemeinden dar.

Diese konstruktive Zusammenarbeit bewährt sich nicht nur seit vielen Jahren im Alltag der „normalen“ gesetzlichen Aufgaben sondern aktuell ganz besonders bei der Unterbringung der vielen im Landkreis zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge. Ohne die engagierte und gute Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt, den Gemeinden, den Wohlfahrtsverbänden und den vielen ehrenamtlich tätigen Helferkreisen wären die enormen Herausforderungen nicht zu bewältigen.

Aufgrund der Weitergabe der Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage als gleich lautende Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage und trotz der Verbesserungen im Finanzausgleich,

kann wegen der hohen Investitionstätigkeit der Haushaltsausgleich leider nur durch Einplanung einer Kreditaufnahme von 9,6 Mio. Euro herbeigeführt werden. Diese Entwicklung wird sich aufgrund der intensiven Investitionstätigkeit des Landkreises noch fortsetzen.

**Ziel und Aufgabe ist es, durch eine angemessene Eigenmittelausstattung an den Investitionen den kalkulierten Kreditrahmen zu vermindern und damit die Belastung künftiger Generationen durch den Schuldendienst zu begrenzen.**

Nach intensiver Vorbereitung in Verwaltung und ausführlicher Vorbereitung in den Fachausschüssen Schulen, Jugend, Soziales und Krankenhaus sowie im Kreisausschuss steht heute der Kreishaushalt 2016 mit einem Gesamtvolumen von 174 Mio. Euro zur abschließenden Beratung und Entscheidung im Kreistag an.

Die finanziellen Schwerpunkte liegen mit 55,4 Mio. Euro im Sozialbereich, mit 19,0 Mio. Euro bei den Schulen und mit 13,8 Mio. Euro bei den öffentlichen Einrichtungen, Wirtschaft und Verkehr. Die an den Bezirk Mittelfranken abzuführende Bezirksumlage übersteigt mit 35,9 Mio. Euro weiterhin jedes „reguläre“ Fachbudget des Landkreises.

Mit 12,0 Mio. Euro leistet das Kreiskrankenhaus St. Anna Höchststadt a.d. Aisch einen wichtigen Beitrag zur medizinischen Versorgung der Landkreisbevölkerung.

Lassen Sie mich nun auf einige bedeutende Fachbereiche des Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurfs eingehen:

### Öffentliche Verwaltung

Nach dem nach langer Vorbereitung in der Sitzung des Kreistags am 28. November 2014 gefassten Maßnahmebeschluss erfolgte der Baubeginn für den Neubau des Landratsamtes in Erlangen mit dem symbolischen Spatenstich im Mai 2015. Weithin sichtbares Zeichen der regen Bautätigkeit sind derzeit die beiden Großkräne an der Baustelle. Entsprechend dem Bauzeitenplan werden derzeit die Beton- und Deckenarbeiten für die beiden Tiefgaragengeschosse durchgeführt.

Ziel ist die Fertigstellung und der Bezug in der ersten Jahreshälfte 2018.

Der zukunftsweisende Neubau wird die dringend notwendigen Verbesserungen für den Bürgerservice und die Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bringen und die äußeren Rahmenbedingungen für einen weiteren Ausbau einer leistungsfähigen, modernen und bürgerfreundlichen Verwaltung deutlich verbessern. Die Defizite, die sich aus der derzeit unzureichenden räumlichen Unterbringung und der Zerstückelung der Verwaltung auf eine Vielzahl von Dienst- und Außenstellen für das Landratsamt ergeben, gehören dann der Vergangenheit an.

Für die Baumaßnahme wird ein Kostenvolumen von 39,2 Mio. Euro veranschlagt. Mit einem Finanzansatz 2016 kann die Baumaßnahme zügig fortgeführt werden. Die Schwerpunkte der Baudurchführung und Finanzierung liegen nach den Planungen des Investitionsprogramms mit 11,0 Mio. Euro und 16,0 Mio. Euro in den Jahren 2016 und 2017.

Da der energetische Standard des neuen Gebäudes die Voraussetzungen des „KfW-Effizienzhauses 55“ erfüllt, kann der Landkreis sehr zinsgünstige Kredite aus dem Programm „Energiekredit Kommunal“ der KfW/BayernLabo in Anspruch nehmen. Aufgrund der vorbildlichen Energieeffizienz kann der Landkreis sogar einen Tilgungszuschuss in Höhe von 5 % anfordern. Ein weiter günstiges Zinsniveau würde die Finanzierung der großen Neubaumaßnahme gut unterstützen.

## Schulen

Das gut ausgebaute, leistungsfähige und vielfältige Schulwesen machen den Landkreis Erlangen-Höchstadt sehr attraktiv. Die in der Trägerschaft des Landkreises stehenden zwei Realschulen, vier Gymnasien, fünf berufliche Schulen und drei Förderzentren sind im laufenden Schuljahr 2015/2016 Lernort für rd. 8.300 Schülerinnen und Schüler.

Die Schulen des Landkreises befinden sich in baulich, technisch und energetisch guten Zustand, der einen ordnungsgemäßen Rahmen für ein modernes, zeitgemäßes Lernumfeld bietet. Die Investitionen in moderne Schulausstattungen, die 2016 695.000 Euro umfassen, ermöglichen einen zukunftsorientierten Unterricht.

Mit der Teilnahme an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ und am Projekt „Bildung integriert“ wird der Landkreis weitere qualitative Verbesserungen des Bildungsangebots u.a. durch Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements, eine Verstärkung des Dialogs und eine Intensivierung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit anstreben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert und begleitet die-

ses bildungspolitische Vorhaben finanziell für einen Zeitraum von drei Jahren.

Mit der konsequenten baulichen und technischen Modernisierung sowie der Fortsetzung der energetischen Gebäudesanierungen leistet der Landkreis auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Dank der großen Anstrengungen des Landkreises zum Erhalt, zur Sanierung und zum weiteren Ausbau der schulischen Infrastruktur kann die Feststellung getroffen werden, dass es beim Landkreis keinen Investitionsstau oder Sanierungsstau gibt! Die positiven Rückmeldungen aus den Schulen und von vielen Eltern zeigen mir, dass der gute Zustand unserer Schulen ein wichtiger Standortvorteil im schulischen Wettbewerb ist.

Es werden folgende Maßnahmen vorgebracht:

Die Erweiterung des Lehrerzimmers und der Verwaltung an der Realschule Herzogenaurach ist mit einem Kostenvolumen in Höhe von 822.000 Euro in den Haushaltsplan und das Investitionsprogramm eingestellt. Zusätzlich zur schulaufsichtlichen Genehmigung hat die Regierung von Mittelfranken vor wenigen Tagen antragsgemäß auch die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns erteilt. Nach dem Zeitplan soll der Bau spätestens in den Sommerferien 2016 begonnen und im zweiten Schulhalbjahr 2016/2017 fertig gestellt werden.

Eine große finanzielle Herausforderung wird in den nächsten Jahren die Baumaßnahme am Emil-von-Behring-Gymnasium in Spardorf. Neben einer Generalinstandsetzung mit energetischer Sanierung soll das schulische Raumprogramm durch Umbau und Erweiterung auf die aktuellen schulischen Anforderungen ausgerichtet werden. Konkret ist dabei entsprechend den schulrechtlichen Festlegungen der Regierung von Mittelfranken der langfristig erforderliche Raumbedarf für 31 Klassen zuzüglich Oberstufe (ca. 1.100 Schülerinnen und Schüler) zu realisieren.

Im Rahmen einer Begehung der Schulanlage hat der Schulausschuss beschlossen, im Rahmen einer „vertieften Kostenschätzung“ den finanziellen Rahmen der Maßnahme zu ermitteln. Zur Vorbereitung der Entscheidung der Kreisgremien sind in diesem Zusammenhang neben den Kosten der Generalinstandsetzung auch die Kosten eines Neubaus der Schulanlage zu ermitteln. Wegen der im Vergleich zu einem Neubau bestandsbedingt größeren Räume und Verkehrsflächen bevorzugt die Schule die Variante „Generalinstandsetzung mit Erweiterung“.

Für den in den vergangenen Jahren größten schulischen Investitionsschwerpunkt, den Sanierungs-, Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen am Gymnasium Höchststadt a.d. Aisch, sind 2016 noch Restfinanzierungsraten in Höhe von 283.000 Euro in den Haushaltsplan einzustellen. So ist die mit einem Kostenaufwand von 2,6 Mio. Euro durchgeführte Generalinstandsetzung des Westbaus, der auf 7,6 Mio. Euro kalkulierte Ersatzneubau Nord sowie die Generalinstandsetzung der Pausenhalle (1,3 Mio. Euro) abgeschlossen. Mit den auf rd. 12 Mio. Euro kalkulierten Baumaßnahmen stehen den Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften modernste Unterrichtsräume und zukunftsweisende Fachraumausstattungen zur Verfügung. Das energetische Konzept übertrifft die Anforderungen der Energieeinsparungsverordnung (EnEV); die Wärmeversorgung durch die benachbarte Biomasseheizung (Hackschnitzel) ist Ressourcen schonend und umweltfreundlich.

Diese Biomasseheizung stellt einen deutlichen Schritt zu einem weiteren Ausbau des Einsatzes regenerativer Energien für die Landkreiseinrichtungen dar. Seit der Inbetriebnahme Ende 2010 konnten mehr als 1,7 Mio. Liter Heizöläquivalent durch regionale Hackschnitzel ersetzt werden. Dies entspricht einer Entlastung der Umwelt von ca. 5.200 Tonnen CO<sub>2</sub>.

An der Berufsfachschule in Höchststadt wurde nach Vorliegen der förderrechtlichen Genehmigungen mit dem auf 1,4 Mio. Euro geschätzten Umbau der Lehrküchen zu integrierten Fachräumen begonnen. Mit dieser Baumaßnahme wird die Schule auf die veränderten Anforderungen des neuen Fachbereichs „Ernährung und Versorgung“ (früher: Hauswirtschaft) ausgerichtet. Im ersten Quartal 2016 sollen die modernisierten integrierten Fachräume den Schülerinnen und Schülern für den Unterricht zur Verfügung stehen.

Am Berufsschulzentrum in Herzogenaurach konnte der auf 2,0 Mio. Euro geschätzte Umbau der ehemaligen Bauhallen termingerecht zum Schuljahresbeginn im Herbst 2014 abgeschlossen werden. Mit dieser Baumaßnahme wurde der zusätzliche Raumbedarf für die Berufsschule, die Fachschule für Maschinenbautechnik und die Fachschule für Mechatronik abgedeckt. Im Zuge dieser Baumaßnahme wird die Wärmeversorgung der gesamten Schulanlage ebenfalls auf eine umweltfreundliche Biomasseheizung (Hackschnitzel) umgestellt. Diese Biomasseheizung konnte vor wenigen Tagen in Betrieb genommen werden. Die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geförderte Hackschnitzelheizung im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts stellt einen weiteren wichtigen Baustein für die Umstellung der Energieversorgung dar.

Die Energiepolitik des Landkreises ist vorbildlich. Neben der schon in weiten Teilen realisierten oder vorgesehenen Umstellung der Energieversorgung der Liegenschaften des Landkreises auf regenerative Energien werden durch vielfältige energetische Sanierungen und Modernisierungen deutliche Energieeinsparungen erzielt. Sämtliche technisch geeigneten Dächer unserer Gebäude werden für Photovoltaikanlagen zur umweltfreundlichen Stromerzeugung genutzt. Die Umsetzung des vom Kreistag verabschiedeten integrierten Klimaschutzkonzepts mit dem ehrgeizigen Ziel einer CO<sub>2</sub>-Einsparung von 55 % bis 2030 wird ein großer Arbeitsschwerpunkt in den kommenden Jahren sein.

## Soziales

Im Vordergrund des Sozialrats steht die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben des Landkreises. Die finanziellen Schwerpunkte sind die Sozialhilfe, die Jugendhilfe, der Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes mit Aufnahmegesetz und die Grundsicherung (Kosten der Unterkunft). 2016 müssen dafür 55,4 Mio. Euro aufgewendet werden. Davon sind durch staatliche Erstattungen und Zuweisungen 34,7 Mio. Euro abgedeckt. 20,7 Mio. Euro (+ 2,6 Mio. Euro) muss der Landkreis selbst aufbringen.

Aufgrund steigender Fallzahlen, höherer Regelsätze und steigender Miet- und Heizkosten erhöht sich der Finanzbedarf des Bereichs Kosten der Unterkunft auf 4,2 Mio. Euro. Seit 2011 setzt das „Jobcenter Erlangen-Höchstadt“ die erfolgreiche Arbeit der früheren ARGE fort.

Erfreulich ist, dass der Bund seit 2014 die Kosten der Grundsicherung für Senioren und jüngere Erwerbsunfähige voll übernimmt. Diese Maßnahme, die beim Landkreis in drei Jahresstufen zu einer Finanzentlastung von 1,7 Mio. Euro bei den Sozialausgaben führt, stellt bundesweit einen wichtigen Schritt zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen dar.

Für den Bereich Asylbewerber und Flüchtlinge sind in diesem Haushaltsjahr 29,4 Mio. Euro (+ 19,6 Mio. Euro) eingeplant. Entsprechend den geltenden gesetzlichen Grundannahmen ist in den Leistungsbereichen eine volle Kostenerstattung des Freistaates Bayern bzw. des Bezirks kalkuliert. Daneben wendet der Landkreis für die Sachbearbeitung und die Asylsozialberatung (freiwillige Leistung) weitere Finanzmittel in Höhe von deutlich mehr als 1 Mio. Euro auf, für die keine

Kostenerstattung erfolgt. Diese Kosten sind damit vollständig durch Mittel der Kreisumlage zu finanzieren.

Die Personalentwicklung ist stark geprägt von den weiter steigenden Anforderungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und junger volljähriger Flüchtlinge. Insgesamt sind im Kreishaushalt 2016 für den Asylbereich 22 Stellen mit Personalaufwendungen in Höhe von 800.000 Euro vorgesehen. Hinzu kommen noch erhebliche Personal- und Sachaufwendungen für die weiteren mit der Asylverwaltung befassten Bereiche des Landratsamtes (z.B. Technische Abteilung mit Hochbauverwaltung, Bauordnung, Finanzen und Schulen, Kreiskasse), die nicht gesondert ausgewiesen werden.

Im Bereich der Jugendhilfe führen Kostensteigerungen insbesondere aufgrund steigender Fallzahlen bei den ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung sowie bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen zu einer Erhöhung des Finanzbedarfs um weitere 0,6 Mio. Euro auf 10,6 Mio. Euro.

Durch den Ausbau der Prävention und frühe Hilfen im ambulanten Bereich soll weiteren Kostensteigerungen in der Jugendhilfe nachhaltig begegnet werden.

#### Kreiskrankenhaus St. Anna Höchststadt a.d. Aisch

Mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan 2016 des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt stellt der Landkreis die Krankenhausversorgung der Grund- und Regelversorgung im Gebiet des westlichen Landkreises sicher. Zur Verlustdeckung werden 868.000 Euro bereitgestellt.

Erfreulich ist, dass seit dem Jahr 2015 wieder ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen ist. Dies zeigt, dass am Kreiskrankenhaus eine positive Entwicklung angestoßen wurde. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen.

Mit einem ergänzenden Zuschuss für Investitionen in Höhe von 100.000 Euro soll die technische und medizinische Ausstattung weiter modernisiert und das Krankenhaus für den Wettbewerb mit anderen Medizinanbietern gestärkt werden.

Ziel der Baumaßnahme „Strukturverbesserung und hygienische Optimierung“ ist es, durch die Modernisierung der Zentralsterilisation auch in

Zukunft den gestiegenen hygienischen Anforderungen gerecht zu werden, durch den Neubau einer Intensivabteilung die Versorgung von Schwerkranken medizinisch zu stärken und durch den Aufbau einer Zentralaufnahme die Arbeitsprozesse und –wege in Diagnostik, Therapie und Funktion für eine verbesserte Akutversorgung der Patientinnen und Patienten zu optimieren.

Der vom Landkreis gestellte Antrag auf „fachliche Billigung“ wird derzeit bei der Regierung von Mittelfranken baufachlich, medizintechnisch und fördertechnisch geprüft. Das Krankenhaus erwartet die fachliche Billigung (= förderrechtliche Genehmigung) im ersten Quartal 2016. Ziel ist ein Baubeginn in der zweiten Jahreshälfte 2016.

### Abfallwirtschaft

Der Landkreis verfügt über ein leistungsfähiges und von den Bürgerinnen und Bürgern gut akzeptiertes System der kommunalen Abfallwirtschaft. Das flächendeckende Netz der Recyclinghöfe und der Wertstoffinseln garantiert orts- und bürgernah vielfältige Möglichkeiten der Abfalltrennung, Abfallvermeidung und Wiederverwertung. Ab 2014 konnten die Abfallgebühren nochmals gesenkt werden.

### Verkehr

Wichtig ist für den Landkreis der Auf- und Ausbau seiner leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Diese trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg der Region bei.

Zur Förderung des ÖPNV, für den Kreisstraßenunterhalt und für den Ausbau der Kreisstraßen und Radwege wendet der Landkreis 2016 9,7 Mio. Euro auf.

Mit einem Finanzaufwand von 2,8 Mio. Euro fördert der Landkreis Tarif- und Verkehrsverbesserungsmaßnahmen des ÖPNV.

Das attraktive und flächendeckende Nahverkehrsangebot mit seinem dichten Netz an öffentlichen Bus- und Bahnlinien gewährleistet einen reibungslosen Schüler-, Berufstätigen- und Freizeitverkehr.

Um den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, sehen wir es als stetige Aufgabe, den Öffentlichen Personen-

nahverkehr an die sich wandelnden Ansprüche anzupassen und zu verbessern.

Aktuell laufen in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Nahverkehr des Kreistags die gesetzlich vorgeschriebenen Ausschreibungen für die Neukonzeption. Ziel ist es, ein noch attraktiveres, leistungsfähiges und flächendeckendes Angebot mit bedarfsgerechten Bussen und Taktzeiten zur Verfügung zu stellen. Mit der fortschreitenden Realisierung wird ein großflächiger Quantensprung in Qualität und Attraktivität des ÖPNV's im Landkreis erreicht.

So wurden in den vergangenen Jahren die gebietsübergreifenden Linienführungen mit den Landkreisen Forchheim, Fürth und Nürnberger Land intensiviert. Insbesondere mit der Stadt Erlangen erfolgt ein ständiger Abstimmungsprozess:

Bereits realisiert wurden zusammen mit dem Landkreis Forchheim gebietsübergreifende Verbesserungen im östlichen Landkreisgebiet mit den Schwerpunkten Uttenreuth, Spardorf, Eckental, Heroldsberg und Kalchreuth (VGN-Linien 208, 209, 210, 213). Die Wirtschaftlichkeit und evtl. weitere Verbesserungen werden derzeit im Rahmen der gerade laufenden Überplanung und Neuausschreibung (geplanter Betriebsbeginn Dezember 2018) nomals überprüft.

Ab September 2016 werden auf der Achse Höchststadt – Erlangen (VGN-Linien 203, 205) die Verbindungen neu strukturiert und um eine zusätzliche Schnellbuslinie (VGN-Linie 203X) verstärkt.

Auf der Achse Herzogenaurach – Erlangen (VGN-Linien 200 und 201) wird das Fahrtenangebot ebenfalls verbessert; ab Dezember 2018 wird ein nochmals verdichtetes Angebot die Attraktivität dieser Verbindung deutlich steigern. Vor allem wird die VGN-Linie 200 „Herzo Express“ tagesdurchgängig unterwegs sein.

Die Achse Weisendorf – Erlangen (VGN-Linie 202) wird ab April 2017 ebenfalls verstärkt und durch eine Schnellbuslinie (VGN-Linie 202X) ergänzt.

Der Raum Möhrendorf, Bubenreuth, Baiersdorf (VGN-Linien 252, 253, 254) befindet sich derzeit in der Überplanungsphase und soll mit einer wesentlichen Ausweitung des Angebotes und einer noch bedarfsgerechteren Abstimmung auf die S-Bahn ab Dezember 2018 in Betrieb genommen werden. Eine in diesem Raum erstmalig im Landkreis durchgeführte ÖPNV-Bürgerbefragung war eine wichtige Grundlage für die Planungen.

Nicht genannt sind hier die Vielzahl „kleinerer“ Verbesserungen in der Fläche abseits der Hauptachsen. Auch wurden und werden im Rahmen der Neukonzeptionen wesentliche Verbesserungen erzielt.

Sowohl beim Individualverkehr als auch beim Öffentlichen Personennahverkehr wird darauf geachtet, dass ein bedarfsgerechtes Netz an Kreisstraßen und Radwegen vorhanden ist.

Die Umsetzung des vom Kreistag in seiner Sitzung am 14.12.2015 beschlossenen Investitionsprogramms für Kreisstraßen und Radwege beansprucht Finanzmittel in Höhe von 3,9 Mio. Euro.

Zur Durchführung stehen folgende großen Maßnahmen an:

ERH 5	Bahnbrücke Baiersdorf	1,4 Mio. Euro
ERH 15	OD Oberreichenbach	0,8 Mio. Euro
ERH 14	OD Dondörflein	0,3 Mio. Euro
ERH 7/33	Geh- und Radwege	0,7 Mio. Euro

#### Kreisumlage / Bezirksumlage

In dem den Damen und Herren des Kreistags vorliegenden Haushaltsentwurf 2016 schlage ich mit dem Kreisausschuss vor, gleichlautend mit der vom Bezirkstag Mittelfranken vorgenommenen Senkung des Hebesatzes der Bezirksumlage den Hebesatz der Kreisumlage um 1,3 Hebesatzpunkte von 49,9 v.H. auf 48,6 v.H. der Umlagegrundlagen zu senken. Die daraus resultierende finanzielle Entlastung der Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis beträgt unter Berücksichtigung der Umlagekraftentwicklung 2,0 Mio. Euro.

Nicht zuletzt aufgrund der guten Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ermöglichen ausgewogenen finanzwirtschaftlichen Rahmendaten des Kreishaushalts erscheint 2016 eine Kreisumlagenentscheidung zugunsten der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden vertretbar. Allerdings bitte ich im Gegenzug darum, dass Sie sich einer Anhebung des Hebesatzes der Kreisumlage nicht verschließen, wenn geänderte finanzielle Rahmenbedingungen z.B. bei Erhöhungen der Bezirksumlage, Änderungen der Zinsentwicklung oder der Ausgabenentwicklung im Einzelplan 4 dies erfordern.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen:

An meinen Ausführungen zu den Schwerpunktbereichen Verwaltung, Schulen, Soziales, Gesundheitswesen und Verkehr können wir sehen, dass der Landkreis ein vielfältiges und bedeutendes Aufgaben- und Ausgabenprogramm aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der Beschlüsse der Kreisgremien zu erfüllen hat.

Das Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Landratsamt, Schulen und Kreisstraßen summiert sich alleine im Zeitraum 2016 - 2019 auf etwa 80 Mio. Euro.

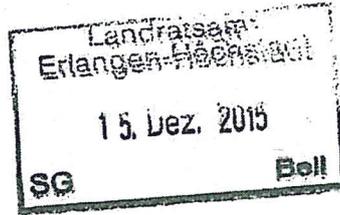
In den Haushaltsberatungen gilt es nun, die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des Landkreises zu erhalten und zu stärken.

Die laufenden und anstehenden großen Maßnahmen im Schulbereich, der Neubau des Landratsamtes und die Strukturverbesserung am Kreis-krankenhaus St. Anna erfordern vom Landkreis auch in den nächsten Jahren größte finanzielle Anstrengungen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Belastung künftiger Generationen durch hohe Kreditaufnahmen begrenzt wird. Dies ist um so mehr von Bedeutung, weil Rücklagen zur Finanzierung der Investitionen beim Landkreis nicht vorhanden sind.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 22. Januar 2016 den Haushaltsentwurf vorberaten und einstimmig dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

Ich bitte, wie bisher konstruktiv bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landkreises mitzuwirken. Die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit ist dafür Voraussetzung.

Ich bitte nunmehr die Fraktionen um ihre Äußerungen zum Haushalt.



Kreisrat

Manfred Bachmayer  
Hallerstr. 15  
90542 Eckental  
Telefon: 09126 / 287407

Grüne

Landratsamt Erlangen-Höchstadt  
z.Hd. Herrn Landrat Alexander Tritthart  
Marktplatz 6  
91054 Erlangen

K. J. Bachmayer →  
15.12.15

Eckental, 15. Dezember 2015

### Anfrage Neubau Landratsamt

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Neubau des Landratsamtes schreitet voran und wir freuen uns über die vielen, durchweg positiven Nachrichten, die uns über den Baufortschritt erreichen. Wir denken es wäre sinnvoll, dem gesamten Kreistag zum Jahresende einen kurzen, schriftlichen Sachstandsbericht zum Baufortschritt zu geben. Wir bitten u.a. um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1, Welche Maßnahmen des Neubaus werden bis zum Jahresende abgeschlossen sein? Welche Besonderheiten gab es im Bauablauf? Welche Materialmengen wurden bisher verarbeitet?
- 2, Wie sieht aktuell die Gesamtkostensituation hinsichtlich der Kostenschätzung/ den aktuellen Ausgaben aus? Welche Einzelheiten können berichtet werden?
- 3, Kann die Zielvorgabe des Einzugstermin erreicht werden? Welchen Termin peilt die Verwaltung nach dem aktuellen Baufortschritt an?

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN





## Informationsvorlage

Vorlage Nr.: AL 5/005/2016

Sachgebiet: Abteilung 5 - Technik	Datum: 01.02.2016
Bearbeitung: Norbert Walter	AZ: AL 5

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreistag	01.02.2016	öffentliche Sitzung

### Neubau eines Landratsamtes in Erlangen; Anfrage der Kreisräte Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015

Anlage: 1 Anfrage vom 15.12.2015

Mit Schreiben vom 15.12.2015 stellten die Kreisräte Bachmayer und Dr. Bräutigam eine Anfrage zum aktuellen Stand der Baumaßnahme Neubau eines Landratsamtes in Erlangen. Die darin aufgeworfenen Fragen werden wie folgt beantwortet.

1. Die Gründungsarbeiten und Sicherung der Baugrube sind abgeschlossen. Die Spezialtiefbaufirma wird im 1. Quartal 2016 ihre Schlussrechnung stellen. Dann kann auch über einen aktuellen Ausgabestand zu diesem Gewerk berichtet werden.

Besonderheiten im Bauablauf sind nicht aufgetreten. Bei Projekten dieser Größe ist immer eine gesonderte Bauwasserhaltung notwendig. Das bekannterweise mit FCKW belastete Grundwasser wurde einer Reinigung zugeführt und dann in Absprache mit der Stadt Erlangen in den Vorfluter eingeleitet. Die in der Baugrube vorhandenen Kontroll- und Sanierungsbrunnen wurden im Zuge des Baufortschrittes verlegt.

Eine Aussage zu den Materialmengen kann ebenfalls erst mit der Schlussrechnung, welche das fortlaufende Aufmaß beinhaltet, getroffen werden.

2. Bei den derzeit durchgeführten Submissionen und Vergaben liegt die Baumaßnahme im Kostenrahmen. Das heißt es gibt keine größeren Abweichungen der Einzelgewerke zur Kostenberechnung. Vielmehr liegen die bisher vergebenen Gewerke unter der Kostenberechnung.
3. Nach dem derzeitigen Bauablaufplan ist der Umzug, d.h. der Einzug in das neue Gebäude, im ersten Halbjahr 2018 vorgesehen. Aufgrund fehlender Planfreigaben durch den von der Stadt Erlangen festgelegten Prüfstatiker konnten einzelne Schalungs- und Deckenpläne nur verspätet zur Ausführung der Rohbauarbeiten übergeben werden. Hierdurch ist eine Verzögerung im

Bauablauf entstanden. Diese beträgt nach aktuellem Stand etwa 2 bis 3 Wochen, bezogen auf die Fertigstellung der Rohbauarbeiten. Für den weiteren Bauablauf ist nach Fertigstellung des Rohbaues der rechtzeitige Beginn der Folgegewerke, insbesondere der Fassade, wesentlich. Sollten die Arbeiten an der Fassade nicht wie geplant Ende Juli 2016 begonnen und das Gebäude bis zum Winter 2016/2017 winterdicht geschlossen werden, würden weitere Kosten für dann notwendige Winterbaumaßnahmen entstehen. Diese können durch zeitnahe Maßnahmen vermieden werden. Ob und in welcher Form diese notwendig werden, kann erst nach Fertigstellung der Bodenplatte abgesehen werden. Dann muss u.U. zeitnah über notwendige Beschleunigungsmaßnahmen entschieden werden.

4. Wie bei allen Baumaßnahmen des Landkreises bisher üblich, wird es für interessierte Kreistagsmitglieder die Möglichkeit geben, eine geführte Besichtigung der Baustelle zu erhalten. Geplant ist diese Besichtigung im Rahmen der offiziellen Grundsteinlegung oder beim Richtfest.
5. Für die Einhaltung der gesetzlichen und sozialen Vorgaben sind vom Grundsatz her natürlich die ausführenden Baufirmen selbst verantwortlich. Im Übrigen wird von der örtlichen Bauleitung die Einhaltung der Verpflichtungen vor der Vergabe der Gewerke geprüft. Für die Sicherheitsrichtlinien wurde, auch aufgrund von gesetzlichen Verpflichtungen, ein Sicherheits- und Gesundheitskoordinator beauftragt. Für weitere gesetzliche Kontrollen ist die Bundeszollverwaltung zuständig. Ob bisher direkte Kontrollen stattfanden ist uns nicht bekannt.

Für weitere Fragen steht Ihnen der Kreisbaumeister, Herr Thomas Lux, und die Verwaltung zur Verfügung.

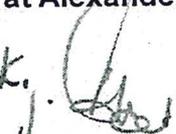
## Kreisrat

Manfred Bachmayer  
Hallerstr. 15  
90542 Eckental  
Telefon: 09126 / 287407

Grüne

Landratsamt Erlangen-Höchstadt  
z.Hd. Herrn Landrat Alexander Tritthart  
Marktplatz 6  
91054 Erlangen



K.   
15.12.15 →

Eckental, 15. Dezember 2015

### Anfrage zum Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Landrat,

in den letzten Wochen stand der Klimaschutz weit vorne in der politischen Debatte. Die Klimakonferenz in Paris hat weitreichende Beschlüsse gefasst, die vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung dringend geboten sind. Die angestrebten Ziele werden auch unseren Landkreis, der von Industrie geprägt ist und Firmen beherbergt, die in Fragen des Klimaschutzes als Anbieter innovativer Technologien auftreten, fordern. Daher bitten wir Sie um einen kurzen, schriftlichen Sachstandsbericht hinsichtlich des aktuellen Standes zum Klimaschutz in unserem Landkreis. Wir bitten u.a. um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen konnten 2015 seitens der Klimaschutzmanagerin/ des Landratsamtes umgesetzt worden?
  - 1.1. Im Bereich von Planungen/ Energienutzungsplänen etc. in den Gemeinden und im Landkreis?
  - 1.2. Hinsichtlich der Förderung der Elektromobilität in den Gemeinden und im Landkreis?
  - 1.3. Hinsichtlich der Information der Öffentlichkeit bzw. Motivation zum Klimaschutz? Wie viele Personen konnten u.a. bei der Energieberatung erreicht werden?

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



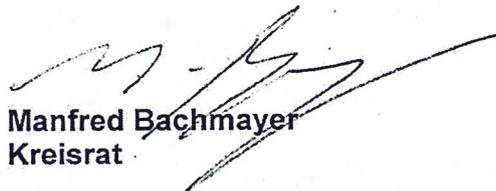
2. Welche Maßnahmen sollen 2016 seitens der Klimaschutzmanagerin/ des Landratsamtes auf Kreisebene umgesetzt werden?

2.1. Gibt es hier konkrete Projekte die weitergeführt werden?

2.2. Welche neuen Projekte sollen in Angriff genommen werden?

3. Die Verwaltung des Landkreises wurde in den letzten zwei Jahren intensiv umstrukturiert. Das Sachgebiet Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement und Klimaschutz konnte ins Leben gerufen werden. Welche Maßnahmen u.a. zur personellen Stärkung des Klimaschutzmanagements im Landkreis konnten dabei umgesetzt werden? Welche Synergieeffekte werden angestrebt?

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen



**Manfred Bachmayer**  
Kreisrat

gez.  
**Dr. Lutz Bräutigam**  
Kreisrat



## Informationsvorlage

Vorlage Nr.: SG13/004/2016

Sachgebiet:	SG 13 - Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement, Klimaschutz	Datum:	01.02.2016
Bearbeitung:	Ulrike Saul	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreistag	01.02.2016	öffentliche Sitzung

**Anfrage der Kreisräte Bachmayer und Dr. Bräutigam vom 15.12.2015 zum Klimaschutz**

**Anlage:** Anfrage vom 15.12.2015

### **1. Welche Maßnahmen konnten 2015 seitens der Klimaschutzmanagerin/des Klimaschutzmanagers des Landratsamtes umgesetzt werden?**

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Klimaschutzmanagerin des Landratsamtes im Bereich Klimaschutz und Energie lagen im Jahr 2015 auf der Verstärkung der Bürgerberatung und Bürgerinformation zu diesen Themen sowie der Durchführung eines umfassenden Projektes zum Energiemonitoring (strukturierte und kontinuierliche Aufnahme von Energieverbrauchsdaten) in den Liegenschaften der Landkreismunicipalitäten und des Landkreises (siehe unten).

#### **1.1. Im Bereich von Planungen/Energienutzungsplänen etc. in den Gemeinden und im Landkreis?**

Im Landkreis haben zwei Gemeinden Energienutzungspläne selbstständig angestoßen bzw. verabschiedet; andere Gemeinden diskutieren über die Erstellung eines Energienutzungsplans. Im Rahmen des Vernetzungstreffens Klima & Energie von Klimaschutz-Organisationen aus Stadt und Landkreis im November 2015 im Landratsamt wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die Hilfsmittel für Planung von energieeffizienten und klimafreundlichen Neubaugebieten erarbeiten wird.

#### **1.2. Hinsichtlich der Förderung der Elektromobilität in den Gemeinden und im Landkreis?**

#### **1.3.**

Viele Gemeinden im Landkreis haben selbstständig Elektrofahrzeuge für den Eigengebrauch angeschafft, so auch der Landkreis. Die Gemeinden Buckenhof, Spardorf und Uttenreuth haben darüber hinaus in ihren Gemeinden gemeinsam mit dem Verein Carsharing Erlangen ein Carsharing-System mit Elektroautos entwickelt. Das Landratsamt begrüßt diese Initiativen ausdrücklich und steht für die Unterstützung solcher Initiativen in anderen Gemeinden gerne zur Verfügung. Entsprechend hat das Landratsamt auch bei der letzten Sitzung des Bayerischen

Gemeindetages, bei dem es um den Erfahrungsaustausch der Gemeinden unseres Landkreises beim Thema Elektromobilität ging, seine Unterstützung zugesichert.

**1.4. Hinsichtlich der Information der Öffentlichkeit bzw. Motivation zum Klimaschutz? Wie viele Personen konnten u.a. bei der Energieberatung erreicht werden?**

Das Landratsamt veröffentlicht regelmäßig Medienmitteilungen zu Energie- und Klimathemen (ca. im Abstand von vier bis sechs Wochen) und informiert regelmäßig in Mitteilungsblättern der Städte, Märkte und Gemeinden, im Kreislauf-Magazin und anderen Medien über Energie- und Klimaschutzthemen sowie über die Energieberatungsangebote im Landkreis. Darüber hinaus wurden verschiedene Informationsveranstaltungen (z.B. Vortragsabend zum energetischen Sanieren in der VG Uttenreuth mit Handwerksbetrieben, Seminar „Klimagerecht sanieren“; Fördermittelseminare für Handwerksbetriebe) durchgeführt und Vorträge (z.B. Stromsparen im Haushalt, Klimaschutz im Landkreis ERH, Fördermittel für energetisches Sanieren) organisiert bzw. selbst gehalten. An den fünf Beratungsstützpunkten im Landkreis wurden im Jahr 2015 112 Energieberatungen in Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern durchgeführt; zusätzlich konnten in Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern im Landkreis 48 initiale Vor-Ort-Beratungen am Wohnhaus durchgeführt werden. Darüber hinaus haben die ehrenamtlichen StromsparberaterInnen des Landkreises ca. 40 Vor-Ort-Stromsparberatungen in Privathaushalten im Landkreis durchgeführt.

**2. Welche Maßnahmen sollen 2016 seitens der Klimaschutzmanagerin/des Klimaschutzmanagers des Landratsamtes auf Kreisebene umgesetzt werden?**

**2.1. Gibt es hier konkrete Projekte, die weitergeführt werden?**

Die Öffentlichkeitsarbeit und die Projekte zur Information und Motivation zum Klimaschutz werden kontinuierlich weiterverfolgt. Besonders erwähnenswerte Projekte sind eine Vortragsreihe zum energetischen Sanieren in Eckental, eine Foto-Ausstellung zum Thema Klimawandel in Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen und dem Verein Energiewende ER(H)langen sowie ein Theater-Stück zum Thema Klimaschutz in Zusammenarbeit mit der Stadt Erlangen. Das Projekt zum Energiemonitoring (siehe 1.) wird in ein Projekt zum Kommunalen Energiemanagement (siehe 2.2.) überführt.

**2.2. Welche neuen Projekte sollen in Angriff genommen werden?**

Nachdem im Jahr 2015 ein Projekt Energiemonitoring für die Liegenschaften von 20 Landkreisgemeinden und des Landkreises selbst durchgeführt wurde, wird im Jahr 2016 mit einem umfassenden und langfristigen Projekt zum kommunalen Energiemanagement in den Liegenschaften der 20 Landkreisgemeinden und des Landkreises gestartet. Mit dem Ziel, Energie, Kosten und CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen werden dafür regelmäßige Treffen zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch für MitarbeiterInnen aus den Gemeinden und dem Landkreis sowie Energieberatungen und Gebäudebegehungen für die Liegenschaften durchgeführt.

**3. Die Verwaltung des Landkreises wurde in den letzten zwei Jahren intensiv umstrukturiert. Das Sachgebiet Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement und Klimaschutz konnte ins Leben gerufen werden. Welche Maßnahmen u.a. zur personellen Stärkung des Klimaschutzmanagements im Landkreis konnten dabei umgesetzt werden? Welche Synergieeffekte werden angestrebt?**

Das Klimaschutzmanagement des Landkreises wurde dahingehend gestärkt, dass die entsprechende Stelle entfristet wurde. Klimaschutz ist eine wichtige langfristige Aufgabe, die bei der strategischen Entwicklung unseres Landkreises mitberücksichtigt werden muss. Aus diesem Grund wurde die Stelle neu im Sachgebiet Kreisentwicklung angesiedelt. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung ist insbesondere dann wichtig, wenn es um die Realisierung von Klimaschutz- bzw. Energiesparmaßnahmen mit Handwerksbetrieben geht (wie 2015 geschehen) und Klimaschutzprogramme in Unternehmen realisiert werden sollen (zukünftig geplant). Mit dem Regionalmanagement ist das Klimaschutzmanagement in unserem Landkreis traditionell eng verknüpft, da das Klimaschutzmanagement aus einem Projekt des Regionalmanagements hervorgegangen ist. Durch die Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement können sich zudem auch neue Fördermöglichkeiten für die Klimaschutz-Arbeit des Landkreises ergeben. Auch das Regionalmanagement ist schließlich eng mit der Wirtschaftsförderung verknüpft (und aus einem Projekt der Wirtschaftsförderung hervorgegangen), da es thematisch viele Überschneidungen (z.B. Direktvermarktung, Tourismus) gibt. Alle drei Bereiche – Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement und Klimaschutz – arbeiten bspw. bei Themen wie regionale Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln zusammen.

Kreisrat

Manfred Bachmayer  
Hallerstr. 15  
90542 Eckental  
Telefon: 09126 / 287407



Landratsamt Erlangen-Höchstadt  
z.Hd. Herrn Landrat Alexander Tritthart  
Marktplatz 6  
91054 Erlangen

*Ky. Bell 18-01-16*

Eckental, 15. Januar 2016

Öffentlicher Leerstände?

Sehr geehrter Herr Landrat,

in den letzten Wochen stand die Frage nach Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge im Mittelpunkt vieler Berichte im Kreistag. Die Lage wird nicht einfacher, andererseits gibt es bei gutem Willen sicher noch Reserven in den einzelnen Gemeinden in öffentlicher Hand. Insbesondere Leerstände bei Schulgebäuden sprechen wir hier an. Unsere Fraktion nimmt dies zum Anlass, heute eine Anfrage nach öffentlichen Leerständen im Landkreis Erlangen-Höchstadt zu stellen. Wir beantragen hierzu einen schriftlichen Sachstandbericht im Kreistag.

**1. Im Rahmen der Schulreformen/ demografischen Entwicklung hat es u.a. im Bereich der Haupt-/ Mittelschulen u.ä. eine deutliche Verringerung der Schulstandorte im Landkreis gegeben. Wie viele Schulgebäude in welchen Gemeinden des Landkreises sind derzeit nicht mehr schulisch genutzt, wie sieht deren derzeitige Nutzung aus? Gibt es Leerstände?**

**2, Durch die Fortentwicklung der Verwaltung (u.a. Gebietsreform) bzw. Ankäufe u.ä. gibt es in vielen Gemeinden des Landkreises Gebäude im öffentlichen Eigentum, die nicht für die Aufgaben der Verwaltung bzw. Gemeinden unmittelbar genutzt werden. Wie viele Gebäude in welchen Gemeinden des Landkreises betrifft dies und wie sieht deren derzeitige Nutzung aus? Gibt es Leerstände?**

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

i.A.   
Manfred Bachmayer  
Kreisrat

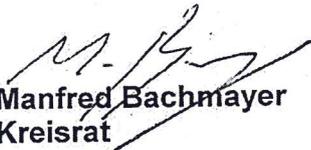
BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



4, Wir regen - unabhängig von der hervorragenden Sicht via Webcam- eine Besichtigung der Baustelle seitens des zuständigen Ausschusses bzw. des Kreistages bzw. einen Tag der offenen Baustelle nach der Fertigstellung des Rohbaus an. Wäre dies aus der Sicht der Verwaltung machbar? Gibt es hierzu einen Terminvorschlag?

5, Wurde bzw. wird auf der Baustelle die Einhaltung von sozialen Richtlinien wie Mindestlohn, der Sicherheitsrichtlinien etc. der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überprüft? Wenn ja von wem und in welchem Umfang?

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

  
**Manfred Bachmayer**  
Kreisrat

gez.  
**Dr. Lutz Bräutigam**  
Kreisrat